Der oberschlesische Wanderer

Nr. 133
96. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Freitag, den 6. Juni 1924

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172,231.

Preis: 15 Goldpfennig, f. poln. Oberschl. 300000 poln Mk.

Heute: Oberschlesien im Bild

Gegründet 1828

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien pro Woche 60 Goldpfennige, in Polnisch-Oberschlesien 0,75 Złoty, im Voraus zahlbar frei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 4 Złoty — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amtliche, Finanz- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bezw. 0,40 Złoty. - Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. - Beilagengebühr 4,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Ein Maulkorbgesetz in Frankreich

R Rotterdam, 6. Juni. (Privattelgr.) Die Morningpost meldet aus Paris, die Senatsgruppe Poincaré, die auf 52 Senatoren angewachsen ist, hat sich zu einer Offensive in der Präsidentenfrage entschlossen. Dem Senat liegt bereits der Antrag der Gruppe vor, den Präsidenten der Republik zu ersuchen, durch eine Erklärung an beide Häuser des Parlaments der unpatriotischen Agitation gegen die seit 50 Jahren gültigen Verfassungsbestimmungen ein Ende zu machen.

An die Arbeit!

Bringt den großen Befähigungsnachweis.

ßß Gleiwitz, 5. Juni.

Nach mehrwöchentlichen Verhandlungen ist im Deutschen Reich das alte Kabinett Marx—Stresemann zurückgekehrt. Es stützt sich auf 138 Zentrumsabgeordnete, Deutsche Volksparteiler und Deutschdemokraten, wird in seiner Außenpolitik freundlichst flankiert von 100 Sozialdemokraten, energisch bekämpft von 188 Rechts- und Linksradikalen und von 11 bayerischen Volksparteilern und Wirtschaftsvereinlern schief angesehen.

Ein großer Aufwand ward vergebens vertan. Der von vielen Seiten heiß erstrebte Bürgerblock ist worden gescheitert.

Der staatspolitisch geschulte Bürger hat mit Entsetzen in diesen Tagen gesehen und erlebt, daß eine Reichsregierung auf breiter Basis zur Lösung der außenpolitischen Lebensfragen unseres Volkes mit Grund des Wahlergebnisses vom 4. Mai nicht zu erzielen ist. Immer wieder zog die Partei Unterhändler mit Personenfragen, Prestigefragen und innerpolitischen Machtfragen in die Verhandlungen hinein und außenpolitisch hatten sie sich im Wahlkampf verrannt.

Nach der staatspolitischen Seite ist auch die Völlige Lethargie und Unfruchtbarkeit der hundert Mann starken Sozialdemokraten erschütternd. Mit der bloßen Annahme des Sachverständigengutachtens Dawes ist es nicht getan; denn mit ihr wird automatisch der ungeheure Fragenkomplex der Reparationsfragen aufgerollt: die Räumung der alt- und neubesetzten Gebiete, die Beseitigung der Micumverträge, die Aufhebung der inneren Zollgrenzen, die Rückgabe der Regiebahnen, die Freilassung der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen, die Fundierung der deutschen Goldnotenbank die deutschen Auslandsanleihen usw. Das sind aber keine Fragen des Seins, sondern des Seinsollens, keine Tatfragen, sondern politische Fragen ersten Ranges, bei denen die politische Taktik von der politischen Führung von vorn herein mit in Rechnung gestellt werden muß.

Läßt man diese politischen Lebensfragen unseres Volkes auf sich wirken und gewahrt man gleichzeitig die Krippenpolitik der Deutschnationalen, die Passivität der Sozialdemokraten und die Tollheit unserer Radikalen, dann kann einen der Menschheit ganzer Jammer schon erfassen. Wenn dieses Gefühl in stets weitere Kreise unseres Volkes dringt und damit die Ueberzeugung, daß wir mit reiner Parteipolitik und machtgierigem Parteiegoismus nicht voran kommen, dann ist auch dieses betrübende Intermezzo nicht ganz vergebens. Allerdings darf es dabei nicht bleiben. Wer staatserhaltend denkt, und staatsverantwortlich fühlt, wird daraus noch andere Konsequenzen ziehen. Er wird die ungeheure Parteizersplitterung von unten herauf bekämpfen, den Radikalismus verneinen und den Parteien, die den Hut zur Verantwortung aufbrachten, seine Anerkennung zollen. Er wird die Reichsregierung von heute stützen, damit sie in ihren verantwortungsvollen Arbeiten und Opfern für das Volk nicht erlahmt und soweit es in seinen Kräften steht, dahinwirken, daß das Verständnis für die außenpolitischen Lebensfragen unseres Volkes in stets weitere Kreise dringt.

Damit nicht genug wird er dem Gerede von der alsbaldigen Auflösung des Reichstages entgegentreten. Der gegenwärtige Reichstag ist gewählt, damit er das Volk aus seinem Elend heraus einer besseren Zukunft entgegenführt. Er muß seinen Befähigungsnachweis erbringen und er hat die Pflicht, dem Volke mit gutem Beispiel voranzugehen. Wohl war der Auftakt wenig hoffnungsfroh Wir aber haben keine Zeit zu verlieren. Die Lösung der Lebensfragen drängt. Wir brauchen eine solide Währung, wir benötigen Kredite und wir wollen Ruhe und Frieden zu Hause und mit den alten Gegnern. An die Arbeit!

Eine Mehrheit für Erfüllungspolitik

Cb. Berlin, 6. Juni. (Eig. Ber.) Die am Donnerstag Vormittag stattgefundenen Fraktionssitzungen haben insofern eine Klärung der innerpolitischen Situation gebracht, als die Regierungsparteien nunmehr eine sichere Mehrheit für die Annahme der Expertengutachten durch den Reichstag erhoffen. Die Sozialdemokratie wird geschlossen für die Annahmestimmen.

Die Beamtengehälter

Vorläufig keine Erhöhung mehr.

G Berlin, 6. Juni. Ein neuer Schritt der Beamtenverbände ist gestern beim Reichsfinanzminister erfolgt, um eine Anpassung der unteren und mittleren Gehaltsklassen an die letzte Gehaltsregelung herbeizuführen. Für den Minister nahm Ministerialdirektor von Schlieben die Wünsche der Beamtenschaft entgegen, erklärte aber, daß die Neuregelung der Beamtengehälter vorläufig solange zum Stillstand gekommen sei, bis neue Einnahmen des Reiches geschaffen wären.

Die Besatzungstruppen bleiben

R Rotterdam, 6. Juni. Daily Chronicle meldet aus Paris, die alliierten Kabinette haben auch für den Monat Juni die Truppenverstärkungen im besetzten Gebiet unverändert gelassen. Der alliierte Militärrat hatte auf Antrag Frankreichs sein Gutachten am 24. Mai erstatter.

Dr. Marx hofft — — —

R Rotterdam, 6. Juni. Wie der Berliner Korrespondent der Times meldet, hat Kanzler Dr. Marx die sichere Erwartung ausgesprochen, bis spätestens 1. Juli die parlamentarische Annahme der Expertengutachten durchgeführt zu haben. Lediglich das Eisenbahngesetz würde längere Zeit Vorbereitungen erforderlich machen, da es einen großen Widerstand auch der Beamtenschaft hier zu bekämpfen gebe.

Der Handelsvertrag mit Amerika

TU. Frankfurt, 6. Juni. Wie die Frankfurter Zeitung aus Newyork erfährt, ist gar keine Aussicht vorhanden, daß der neue Handelsvertrag mit Deutschland noch in der gegenwärtigen Session des Kongresses ratifiziert wird.

Das Abkommen mit China

Paris, 5. Juni. Havas meldet aus Peking: Das chinesisch-deutsche Abkommen betreffend die Boxerentschädigung wird morgen unterzeichnet werden.

Sprengtaktik der Kommunisten

TU. Berlin, 6. Juni. An alle Mitglieder der kommunistischen Partei wird jetzt von ihrer Zentrale ein Befehl des unbedingten Schweigegebots bei allen polizeilichen und gerichtlichen Vernehmungen, über alle Parteieinrichtungen und Ausweisungen sowie über Parteigenossen ergangen. Mitglieder der Partei, die diesem Parteibefehl entgegenhandeln, werden aus der Partei ausgeschlossen.

Außerdem wird die Weisung erteilt, alle Sitzungen in den Stadtparlamenten zu sprengen, ferner die Vertraulichkeit in den Parlamentssitzungen nicht zu respektieren.

Betriebseinschränkungen

Cb. Berlin, 6. Juni. (Eig. Ber.) Die staatlichen Werke in Spandau kürzen die Arbeitszeit auf wöchentlich 5 Tage. Die Betriebseinschränkungen und Entlassungen in der Berliner Privat-Industrie haben einen ernsten Umfang angenommen, insofern, als in letzter Woche die Zahl der Erwerbslosen um 13 000 und die der Halberbeiter um 6000 gestiegen ist.

Macdonalds neue Sorgen

R. Rotterdam, 6. Juni. (Privattel.) „Daily Chronicle" meldet: Dem Austritt der schottischen Gewerkschaften aus der Arbeiterpartei ist am Dienstag der Austritt der Gewerkschaft der Hafenarbeiter in Liverpool gefolgt. Auch für diesen Austritt sind als Gründe das vollständige gewerkschaftliche Versagen des Arbeiterkabinetts in den letzten Lohnkämpfen angegeben worden.

Der Bürgerkrieg in Albanien

(:) Zürich, 6. Juni. (Privattel.) Wie die Agentur Stefani meldet, sind die nach den albanischen Häfen ausgelaufenen italienischen Kriegsschiffe nur zum Schutz der italienischen Interessen und Staatsangehörigen beordert worden. Ein Eingreifen in die albanischen Wirren sei nicht beabsichtigt.

Der „Corriere della Sera" meldet: Vor Durazzo sind drei jugoslawische Kanonenboote eingetroffen und haben Marinemannschaften gelandet. Daraufhin gab auch der Kommandant den italienischen Kriegsschiffen Befehl, ein Detachement Marinesoldaten zum Schutz der italienischen Niederlassungen an Land zu bringen.

TU. Paris, 5. Juni. „Havas" meldet aus Belgrad, daß die Aufständischen im Angriff auf Tirana begriffen seien und an die Regierung die Forderung gerichtet haben, sofort abzudanken.

Japans Rüstungen

(:) Genf, 6. Juni. (Privattel.) Der „Herald" meldet aus Tokio: Dem Ausschuß des Reichstags ist eine Vorlage der Regierung zugegangen, die Auslandsreisen wehrpflichtiger Japaner bis auf weiteres untersagt. — Dasselbe Blatt meldet aus Newyork: Für die nach japanischen Häfen abfahrenden Schiffe sind alle Plätze bis Mitte Juli von nach der Heimat zurückkehrenden Japanern belegt.

Amerika bleibt fest

Genf, 6. Juni. (Privattel.) Wie der „Matin" und „Herald" aus Washington melden, hat die Sitzung des Staatsdepartements am 3. Juni die ablehnende Antwort auf die japanische Note beschlossen. — „Havas" meldet aus Newyork, die Antwort Amerikas an Japan werde am Samstag nach Tokio abgehen.

Chinas Solidarität mit Japan

Cb. Genf, 6. Juni. (Eig. Ber.) Die Havas-Agentur meldet aus Tokio: Der Mikado empfing den chinesischen Gesandten, der ihm die Solidarität Chinas zum Ausdruck gebracht hat in der Auffassung, daß durch das amerikanische Einwanderungsverbot der gelben Rasse eine schwere Kränkung zugefügt worden sei.

Deutscher Reichstag

8. Sitzung, Donnerstag, 5. Juni 1924

Am Regierungstische Reichskanzler Marx, Vizekanzler Dr. Jarres, Ernährungsminister Graf Kanitz.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung. Verbunden damit wird die erste Lesung des Nothaushalts von 1924.

Das Wort ergreift zuerst Abg. Scholz (Dt.-Volks-Part.), der im Namen des Zentrums, der deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei eine Erklärung abgibt, in der darauf hingewiesen wird, daß die Ziele der drei Parteien die Einigung des Reichstages auf möglichst breiter Front zur Erledigung der augenblicklich im Vordergrund stehenden außenpolitischen Fragen sind. Einen anderen Weg zur schleunigen Bildung einer aktionsfähigen Regierung als die Einigung auf der Basis der bisherigen Koalition gab es nach Lage der Dinge nicht mehr. Dr. Scholz spricht dann im Namen der Parteien der Mitte der Regierung das Vertrauen aus. (Beifall in der Mitte, Lachen rechts.)

Abg. Graf Westarp (Dt.-Nat.) weist darauf hin, daß sich jetzt der Notschrei bemerkbar macht, der auch im Auslande gehört werden muß. (Lärm bei den Kommunisten.) Das verstehen Sie als Volksverräter freilich nicht. (Erneuter Lärm der Kommunisten). Es geht nicht weiter mit einem erpreßten Bekenntnis, das deutsche Volk zu dauernder Knechtschaft verurteilen zu wollen. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Regierung, die zum Sachverständigen-Gutachten Stellung nimmt, muß der Kriegsschuldlüge widersprechen. Wir haben das zu einer Bedingung unseres Eintritts in die Regierung gemacht. Rücksicht auf die Sozialdemokratie darf nicht genommen werden. Das Wahlresultat vom 4. Mai verlangt einen vollständigen Umschwung der Gesamtpolitik. Der Regierungsbildung stehen große sachliche Schwierigkeiten gegenüber. Die gestrige Programmrede des Reichskanzlers ist an dem großen Problem vorübergegangen. Der moskowitischen Sowjetpartei kann nur eine starke Regierung Herr werden. Das Bürgertum wird sich dem entgegensetzen und die Gefahr abwehren. (Präsident Wallraf: Vorhin ist der Ausdruck von links gekommen: Das sagt einer von der Mörderschule! Diese Beleidigung des Redners muß ich rügen.) Wir brauchen auch die Kräfte, um die Gefahren einer zweiten Revolution zu bannen. (Lebhafter Beifall rechts.) Es kann nur gegen sie regiert werden. Auch in Preußen müssen in dieser Beziehung klare Verhältnisse geschaffen werden. Das Zentrum hat Verhandlungen über die Kanzlerschaft Tirpitz abgelehnt, vielleicht aus Furcht vor dem Ausland. (Lärm im Zentrum.) Deutschland ist keine Eingeborenenkolonie. (Minutenlanger Lärm.) Wir verlangen Freiheit von Rhein und Ruhr in militärischer und politischer Beziehung. Das Gutachten ist völlig unerträglich. (Lebhafter Beifall rechts.).

Reichskanzler Marx entgegnet auf Vorwürfe, die Regierung wäre in der Frage der Kriegsschuldfrage lässig gewesen, daß die jetzige Regierung niemals zugegeben habe, daß Deutschland den Krieg begonnen habe. Die Katastrophe von 1914 könne nur durch nüchterne, klare Forschung geklärt werden. Der Kanzler lehnt es ab, Einfluß auf preußische Verhältnisse zu nehmen. Er schließt mit den Worten: Herr Graf Westarp, Ihre Politik schützt die Rheinlande nicht. (Langandauernder Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Abg. Löbe (Soz.) wendet sich zum Reichskanzler und ruft ihm zu. Die Regierungsbank hätten Sie schon vor vier Wochen haben können. Redner begrüßt es, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung sitzen. Das sei erfreulich, besonders im Hinblick auf das Ausland. In einem Jahre werde vielleicht Graf Westarp dieselbe Rede halten. (Heiterkeit). Der Redner kritisiert dann scharf die Haltung der Kommunisten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die wirklichen Arbeiter in dieser Partei doch noch einmal zur Besinnung kommen werden. Auch in den Reihen der Deutschvölkischen seien manche Leute, die früher stolz waren auf ihre weiße Weste und jetzt diesen Schmutz mitmachen. (Stürmischer Widerspruch bei den Nationalsozialisten.) Hinter diesen Leuten ziehe sich eine Spur von Blut. (Stürmische Unterbrechung bei den Nationalsozialisten).

Abg. Frau Gelke (Kom.) sieht im Reichstag eine Maskerade der kapitalistischen Diktatur. Die Rednerin nennt das Verhalten der Sozialdemokraten Lug und Trug. Nur in Rußland würden die Arbeiterinteressen vertreten.

Landtagswahlen im September

G. Berlin, 9. Juni. (Privattel.) In der Preußenfrage hat sich, wie wir erfahren der Vorstand der Zentrumsfraktion im Landtag für den Antrag der Deutschen Volkspartei ausgesprochen, die Neuwahlen der Preußischen Landesversammlung für September verlangt.